

DER BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

II-1455 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Z. 11 0502/72-Pr.2/80

1980 08 12

638 IAB

1980 -08- 13

zu 628 J

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament

1017 W i e n

Auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Keimel und Genossen vom 20. Juni 1980, Nr. 628/J, betreffend akuter Personalmangel bei den Autobahnzollämtern Kufstein/Kiefersfelden und Brenner, beehre ich mich mitzuteilen:

Zu 1):

Die Zollverwaltung ist im Sinne meiner auf eine möglichst Beschleunigung und Vereinfachung der Grenzabfertigung gerichteten Bestrebungen nicht nur im eigenen Wirkungsbereich, sondern darüber hinaus im engen Kontakt mit den Nachbarzollverwaltungen und auch auf internationaler Ebene ständig um eine Vereinfachung der Zollformalitäten bemüht. In diesem Zusammenhang darf ich besonders auf jene Erleichterungen hinweisen, die sich für den internationalen Warentransport auf der Straße durch das gemeinschaftliche Versandverfahren und das Carnet-TIR-Verfahren ergeben haben.

Im übrigen bin ich hinsichtlich des Durchfuhrverkehrs auf der Autobahnstrecke Kiefersfelden-Brennerpaß grundsätzlich zu Abfertigungserleichterungen bereit, soweit hiedurch die Zollsicherheit und die Wahrnehmung der den Zollämtern übertragenen Überwachung von Beschränkungen der Einfuhr, Durchfuhr und Ausfuhr von Waren nicht beeinträchtigt werden. Beim Durchfuhrverkehr auf der Autobahnstrecke Kiefersfelden-Brenner handelt es sich nahezu ausschließlich um einen EG-internen Verkehr, der in dem laut Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 30. November 1972 auch in Österreich gültigen gemeinschaftlichen Versandverfahren abgewickelt wird. Nach den hiefür geltenden Verfahrensbestimmungen wäre die Tätigkeit der Zollämter beim Eintritt nach Österreich

auf ein Minimum beschränkt, wenn die Fahrzeuge mit ordnungsgemäßen Versandscheinen und Zollverschlüssen einlangen würden. Da dies beim Grenzübergang Kiefersfelden sehr häufig nicht der Fall ist, habe ich mit Schreiben vom 14. Juli 1980 den Bundesminister der Finanzen in Bonn um entsprechende Mitwirkung der bundesdeutschen Zollverwaltung ersucht.

Zu 2):

Zur weiteren Beschleunigung der Grenzabfertigung bei dem auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland liegenden Gemeinschaftszollamt Kiefersfelden werden Ausbau- und Umbaumaßnahmen beitragen, die auf Grund von Besprechungen österreichischer und deutscher Behördenvertreter am 28. Februar und 17. April 1980 durch die deutsche Zollverwaltung unter österreichischer Kostenbeteiligung durchgeführt werden. Durch diese Baumaßnahmen werden für die im gemeinschaftlichen Versandverfahren fahrenden und daher keinen zeitaufwendigen Zollformalitäten unterliegenden Fahrzeug eigene Abfertigungsstellen geschaffen werden, wo sie ohne Wartezeiten durchgeschleust werden können; außerdem werden den Lkw-Fahrern in Zukunft die derzeit noch verhältnismäßig weiten Wege zwischen den einzelnen deutschen und österreichischen Abfertigungsstellen erspart werden.

Die österreichische und die deutsche Zollverwaltung sind weiters bemüht, die Grenzaufenthalte dadurch zu verkürzen, daß alle Tätigkeiten bzw. Amtshandlungen, die nicht von Gesetzes wegen an der Grenze vorgenommen werden müssen, das sind insbesondere die zeitaufwendigen Verwiegungen der Lastkraftwagen und die laufende Ausstellung von Überladungsbewilligungen durch das Amt der Tiroler Landesregierung und durch die Bayerische Grenzpolizei, vom Amtsplatz wegverlagert werden.

Beim Zollamt Brennerpaß wurden zusätzliche Abfertigungsmöglichkeiten für Lkw-Verkehr durch Baumaßnahmen im Rahmen der Reisendenabfertigungsanlage bereits geschaffen.

Zu 3):

Ob und in welchem Umfang die Anzahl der Zollwachebeamten an den Grenzübergängen Kufstein/Kiefersfelden und Brennerpaß erhöht werden kann, hängt davon ab, welche Anzahl von Planstellen für Zollwachebeamte im Rahmen des Stellenplans für das Jahr 1981 vom Parlament beschlossen werden wird, ferner von einer gründlichen Prüfung, an welchen Punkten der tatsächlich dringendste Bedarf an zusätzlichen Zollwachebeamten besteht. Es ist bisher nicht evident, daß ein solcher nur in diesen beiden Zollämtern im Bereich der Finanzlandesdirektion für Tirol besteht.

